

## **„Länder-Revue“: Spanien**

### **Wandlungen eines europäischen Kernlandes**

**Starke Spannungen beherrschen die spanische Politik. Nach langen Jahren wirtschaftlicher Prosperität hat die Weltwirtschaftskrise das Land hart getroffen – soziale Spannungen sind die Folge. Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und katholischer Kirche in Fragen der Säkularisierung und speziell der Liberalisierung der Abtreibungsregelung, aber auch der Dauerstreit zwischen der Hauptstadt und den selbstbewussten Regionen belasten das gesellschaftliche und politische Leben zusätzlich. In ihrer Reihe „Länder-Revue“ versuchte die Akademie am 4. und 5. Dezember 2009 mit der Tagung „Spanien. Wandlungen eines europäischen Kernlandes“ die tieferen Ursachen dieser Konflikte aufzudecken.**

### **„Spanien ist anders“. Zu einigen Mythen des europäischen Spanienbildes**

#### **Walther L. Bernecker**

Im Titel meines Referates ist die Rede von Mythen des europäischen Spanienbildes. Ich beschäftige mich also mit dem Verhältnis Spaniens zu Europa, mit der spanischen Sicht auf Europa und der europäischen Sicht auf Spanien. Zentral geht es um die Frage, ob die Entwicklung Spaniens der gemeineuropäischen Entwicklung an die Seite gestellt werden kann, oder ob sie grundsätzlich anders verlaufen ist, ob der franquistische Propagandaslogan „Spanien ist anders“ der Realität entsprach, ob somit von einem Sonderweg gesprochen werden muss. Der Beitrag ist zweigeteilt: Im ersten Teil geht es um die Sicht spanischer Geschichte, wie sie überwiegend und Jahrhunderte lang in immer neuen Abwandlungen produziert und reproduziert worden ist; im zweiten Teil wird sodann auf die Neu-Interpretation der letzten Jahrzehnte eingegangen, auf den Versuch der Historiker, die überkommene Sonderwegs-These zu widerlegen und als Mythos zu entlarven.



*Prof. Dr. Walther L. Bernecker, Professor für Auslandswissenschaften  
an der Universität Erlangen-Nürnberg*

### **Die Debatte um die „zwei Spanien“: Idealismus versus Materialismus**

In seiner „Theorie sozialer Prozesse“ hat Norbert Elias hervorgehoben, dass gesellschaftliche Tiefenstrukturen existieren, die aktuelles Handeln beeinflussen, die als überdauernde Einstellungen in die Gegenwart und Zukunft wirken. Als ein entscheidendes Kriterium für die Auseinanderentwicklung von Spanien und Europa wird die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes oder die volkswirtschaftliche Prosperität angesehen und darauf hingewiesen, dass der Abstand zwischen dem Süden und dem Norden der Pyrenäen im Verlauf der Neuzeit immer größer wurde; Generationen von Historikern haben nach den entscheidenden Weichenstellungen gefragt, die auf der einen Seite, der europäischen, zu dynamischer Entfaltung, auf der anderen, der spanischen, zu Stagnation und Dekadenz führten.

Als Kriterien für die Ausformung eines neuzeitlich-westlichen Wirtschaftsstils gelten zum einen dessen geistig-wissenschaftliche Fundierung, zum anderen die Verinnerlichung und Legitimierung der Arbeit. Seit den religionssoziologischen Untersuchungen von Max Weber wird in der Forschung ein Zusammenhang zwischen der protestantischen Ethik und dem Aufstieg des Frühkapitalismus im 16. Jahrhundert gesehen. Das antireformatorische Spanien Karls V. und Philipps II. nun bekämpfte nicht nur die religiösen Neuerungen des 16. Jahrhunderts, sondern schottete sich auch von der zusehends auf Rationalität und Naturwissenschaften beruhenden geistig-ökonomischen Entwicklung ab, blieb scholastischen Lehren verhaftet, lehnte im wirtschaftlichen Bereich weltimmanente Nützlichkeitsabwägungen ab, richtete seinen Blick weg von Europa und wandte seine Energien auf die vollständige Eroberung und Unterwerfung des jüngst erworbenen Weltreichs in Übersee. Der katalanische Wirtschaftshistoriker Jaime Vicens Vives spricht in diesem Zusammenhang von dem ungelösten „Bewusstseinsproblem“ Spaniens, unter dem er die bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts reichende Unfähigkeit des Landes verstand, „dem Kurs der abendländischen Zivilisation in Richtung auf Kapitalismus, Liberalismus und Rationalismus nach ökonomischen, politischen und kulturellen Gesichtspunkten zu folgen.“

Die spanische Perpetuierung kriegerisch-ritterlicher Ideale wie Ehre [honra], Stolz [orgullo] und Würde [dignidad] führte bei Fehlen utilitaristischer Prinzipien zu einer weitverbreiteten Geringschätzung, ja: Verachtung körperlicher Erwerbsarbeit; der Schriftsteller Juan Goytisolo hat – neben vielen anderen – darauf verwiesen, dass „in Spanien [...] die Ehrenfragen stets das ökonomische Denken [überwogen].“ Außerdem wurden zu Beginn der Neuzeit jene ökonomisch aktiven Bevölkerungsgruppen des Landes verwiesen, bei denen Ansatzpunkte einer rationalen Wirtschaftsgesinnung anzutreffen waren: Mauren, Juden, moriscos; die Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die geistig-intellektuellen Voraussetzungen für ökonomischen Aufschwung waren verheerend und wurden in der Folgezeit durch das Wirken der Inquisition, die jegliche intellektuelle Neugier verfolgte, noch potenziert. Wesentlich erschwert wurde durch die Vertreibungen auch die Entwicklung eines staatsunabhängigen und unternehmerischen Mittelstandes; gerade das weitgehende Fehlen einer dynamischen Bourgeoisie westeuropäischen Zuschnitts sollte sich später, im Jahrhundert der Industrialisierung, als fortschrittshemmend erweisen.

Die Vertreibungen des 15. und 16. Jahrhunderts, deren Folgen unmittelbar auf das Problem der bald danach einsetzenden spanischen „Dekadenz“ verweisen, waren Ausdruck jener (gegen angenommene Überfremdungsgefahren gerichteten) Abwehrhaltung, die fortan so häufig anzutreffen sein würde: gegen Protestanten und Aufklärer, Liberale und Sozialisten, Freimaurer und Demokraten.

Der Entwicklungsvorsprung Europas nahm im 19. Jahrhundert unaufhaltsam zu. Während die Industrialisierung in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland ein gesamtwirtschaftliches Wachstum vorher unbekanntem Ausmaßes bewirkte und weitreichende Folgen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich zeitigte, war Spanien durch innenpolitische Auseinandersetzungen zwischen Traditionalisten und Liberalen unversöhnlich gespalten.



*Die Referenten in der ersten Reihe: Professor Walther L. Bernecker, FAZ-Korrespondent Walter Haubrich und Prof. Christoph Strosetzki (v.r.n.l.).*

Die inneren Auseinandersetzungen reflektierten unterschiedliche Einstellungen zum europäischen Ausland. Antiliberale Traditionalisten wie Juan Donoso Cortés bezeichneten Spanien als „Bollwerk gegen Säkularisierung und modernistischen Ungeist“, und Scholastiker wie Jaime Balmes hoben stolz die kulturmissionarische Andersartigkeit Spaniens hervor,

bestärkten damit zugleich die bestehenden Ressentiments gegenüber Europa; und obwohl es auch progressive, Europa zugewandte Kräfte gab, die für gesellschaftlichen Fortschritt und Öffnung des Landes plädierten, konnte sich diese Richtung nicht durchsetzen; es dominierten die Verfechter der Sonderwegsideologie, die von Europa und seinen liberal-demokratischen Werten nichts wissen wollten.

Das ungelöste „Problem Spanien“ sollte gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder voll aufbrechen. Auslöser war der Verlust der letzten spanischen Überseekolonien (Kuba, Puerto Rico, Philippinen) im Krieg von 1898 gegen die USA. Wohl kein zweites Ereignis wirkte sich auf die weitere Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert nachhaltiger aus als der Verlust dieser letzten Kolonien. Die vielzitierte spanische „Dekadenz“ und der „Verlust der Größe Spaniens“ erhielten in der Kriegsniederlage von 1898 ihren symbolhaften Ausdruck. Schlagartig wurde Intellektuellen und Politikern deutlich, dass Spanien an einem Tiefpunkt angelangt war.

Das Erwachen aus dem imperialen Traum löste in Spanien eine gewaltige Bewegung aus, die teils geistig-literarisch, teils politisch-reformerisch orientiert war. Philosophen und Schriftsteller sahen Spanien in einer tiefen Krise, aus der entweder die Rückbesinnung auf das in Kastilien erblickte „wahre Wesen“ oder die „Europäisierung“ des Landes herausführen konnte. Die nationale Hoffnungslosigkeit der „Generation von 1898“ (*La generación del 98*) führte allerdings zu den unterschiedlichsten Zukunftsvisionen, Zielprojektionen und politischen „Ratschlägen“. Auch für die *Generation von 1898* gilt, dass Europa zumeist den Maßstab allen Handelns und Denkens abgab.

Im politischen Bereich übte das Jahr 1898 eine katalytische Wirkung aus. Intellektuelle und Politiker wiesen auf die katastrophalen Missstände im Lande hin. Im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik standen das korrupte politische System, die außenpolitische Ohnmacht, die völlig unzureichende Wirtschafts- und Sozialverfassung, die desolate Infrastruktur, die drückende kulturelle Agonie des Landes, kurzum: der angebliche Sonderweg des Landes in den vorhergehenden Jahrhunderten und sein katastrophales Ergebnis.

Der führende geistige Vertreter dieser kritischen Regenerationsbewegung war Joaquín Costa (1846 – 1911), der zur Heilung der spanischen Krankheiten einen „eisernen Chirurgen“ forderte. Zu den Erben der 98er Generation gehörte José Ortega y Gasset (1883 – 1955), der

wie kaum ein zweiter Spanier im 20. Jahrhundert die „Europäisierung“ Spaniens und den Anschluss des Landes an den „Fortschritt“ Westeuropas, somit ein Ende des Sonderwegs gefordert hat. Gründe für diese Forderung gab es, Ortega y Gasset zufolge, mehr als genug, war er doch der Meinung: „Die ganze Geschichte Spaniens [...] ist die Geschichte einer Dekadenz gewesen.“ Insbesondere die letzten drei Jahrhunderte waren nur „Schlaf, Verblödung, Egoismus“. 1914 hielt Ortega y Gasset seinen berühmten Vortrag „alte und neue Politik“, in dem er ein „vitales, aufrichtiges, rechtschaffenes“ Spanien einem „offiziellen Spanien“ gegenüberstellte, „das darauf beharrt, die Gesten eines abgeschlossenen Zeitalters zu verlängern.“ Dabei prophezeite er: „Ein ganzes Spanien – mit seinen Regierenden und Regierten –, mit seinen Missbräuchen und Bräuchen, liegt im Sterben.“

Und als 1931 die Zweite Spanische Republik ausgerufen wurde, schien tatsächlich jene geistig-politische Richtung im öffentlichen Leben Spaniens die Oberhand zu gewinnen, die für Außenorientierung und Europa-Zugewandtheit eintrat. Die vorübergehende Dominanz des „westeuropäischen Modells“ - das sich in parlamentarischer Demokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen äußerte – ließ sich nach Ausrufung der Zweiten Republik allenthalben in Politik und Kultur feststellen.

Der politische Konsens, von dem die Zweite Spanische Republik in den 30er Jahren getragen wurde, war jedoch äußerst brüchig. Die Reformpolitiker wollten einen laizistischen und liberalen Staat schaffen, der den bürgerlichen Vorstellungen Ausdruck verlieh. Erstrebt wurde daher eine demokratische Verfassung, eine Militärreform, die Beschränkung der Macht der Kirche, eine Bildungsreform. Die Durchführung dieser Reformmaßnahmen hatte sowohl eine soziale als auch eine ideologische Polarisierung im Land zur Folge. Das „traditionale“ und das „moderne“ Modell standen sich unversöhnlich gegenüber. Da das parlamentarische System den traditionellen Eliten keine Mechanismen zur Bewahrung ihrer privilegierten Position an die Hand gab, rekurrten sie auf das Militär zur gewaltsamen Wiederherstellung ihrer vordemokratischen Stellung. Der Bürgerkrieg von 1936 besiegelte sodann das Scheitern des modernisierend-„europäisierenden“ Reformismus.



*Spanienkenner unter sich. Die Professoren Walter L. Bernecker (re.) und Klaus-Jürgen Nagel debattierten, wie sie sich Autonomieregelungen der spanischen Regionen vorstellen könnten.*

### **Der franquistische Sonderweg: „Spanien ist anders“**

Der Ausgang des Bürgerkrieges, der Sieg des nationalistischen Lagers unter Franco, sollte das spanisch-europäische Verhältnis jahrzehntelang prägen und jenen „Sonderweg“ bedingen, den das franquistische Spanien bis in die 60er Jahre hinein propagierte. Franco selbst bezeichnete sein Regime als eine „Rückkehr zu den ureigensten Elementen des spanischen Wesens“, die in den Jahrzehnten des großen weltpolitischen Aufbruchs Spaniens unter den Katholischen Königen die Geschichte bestimmten. Die bewusste „Abkoppelung“ der politischen Entwicklung Spaniens von den westlichen Gesellschaften und die Betonung spanischer Geschichte und Tradition als Grundlage des „Neuen Staates“ stellten fortan Charakteristika der ideologischen Argumentationsstruktur Francos dar.

Politisch und ökonomisch schlug Spanien nach Bürgerkrieg und Weltkrieg somit einen „Sonderweg“ ein, der teils freiwillig gewählt war, teils von außen auferlegt wurde. Der in den 60er Jahren von den Regime-Propagandisten zur Lockung sonnenhungriger Mittel- und Nordeuropäer entwickelte Tourismusslogan *Spanien ist anders* stellte auch ein bewusst vorgetragenes ideologisch-politisches Selbstbekenntnis dar. Der politische Sonderweg, der das franquistische Spanien von der westeuropäischen Entwicklung unterschied, sollte bis zum Tode des Diktators beibehalten werden.

Hatte Franco bereits wenige Wochen nach Beendigung des Bürgerkrieges programmatisch

Spaniens Beziehungen zur Außenwelt als Defensivhaltung gegen eine weltweite Verschwörung charakterisiert, so sollte das Regime von dieser Grundeinschätzung nie abweichen.

Wie sehr das repressive System des Franquismus den „europäischen“ Werten entgegenstand, lässt sich schon der Tatsache entnehmen, dass in jenen Jahren das Nachdenken der spanischen Intellektuellen über Europa zumeist ein Plädoyer für eine Öffnung des Landes war. Europa wurde zum Maßstab, und der Hinweis auf diese europäische Vielfalt zur Kritik an der aufgezwungenen politischen und kulturellen Uniformität Spaniens.

Das neue politisch-religiöse System der Nachkriegszeit, der Nationalkatholizismus, berief sich einseitig auf die „glorreiche“ Vergangenheit unter Verdrängung und Verleugnung anderer Traditionen, um die einheitliche religiös-politische Ordnung zu legitimieren. Die „Restauration“ im politischen, gesellschaftlichen und religiösen Leben wollte damit die „wahre“ Geschichte Spaniens fortsetzen. Ein Apologet des Regimes betonte den Unterschied zu „modernen“ Staaten: „Durch seine Katholizität hat der spanische Staat die Neutralität der modernen Staaten überwunden [...] Dies ist wirklich das wahre Spanien, das große Spanien, würdig seiner besten und glorreichen Traditionen; dies Spanien setzt jenes des großen imperialen und katholischen goldenen Zeitalters fort.“ Dieses Sonderwegs-Spanien wollte mit dem restlichen Europa nichts gemein haben.

Dass Franco zu keinen politischen Konzessionen bereit war, konnte etwa seinen Ausführungen vom März 1962 entnommen werden. Er trat damals allen Spekulationen entgegen, der spanische Wunsch nach EWG-Beitritt könne zu einer Einführung demokratischer Verhältnisse führen: „Vergessen wir nicht: Wir machen eine Revolution durch. Es braucht uns daher nicht weiter zu beunruhigen, wenn wir nicht mit anderen Nationen oder mit dem Empfinden anderer europäischer Länder, die sich an ihre alten Systeme klammern, gleichziehen, denn wir führen eine Revolution durch, eine Revolution in Spanien.“

### **Die Transition: Spaniens europäische Identität**

Als in der Übergangszeit nach Francos Tod die außenpolitischen Weichenstellungen vorgenommen wurden, stand Spanien vor der Entscheidung, ob es sich stärker an (West-)Europa anlehnen, ob es die außereuropäische, vor allem die lateinamerikanische und die

nordafrikanische Karte spielen oder ob es sich eine blockfrei-neutralistische Ausrichtung geben sollte. Mit der Übergabe des offiziellen EG-Beitrittsgesuchs am 28. Juli 1977 vollzog das inzwischen demokratische Spanien die eindeutige Hinwendung zu Europa.

Als von spanischer Seite 1977 der erneute Beitrittsantrag gestellt wurde, geschah dies im Bewusstsein, eine historische Weichenstellung vorzunehmen. In Spanien setzte eine neue Phase der Diskussion über Europa ein: Die erhoffte EG-Mitgliedschaft wurde mit Rückkehr zur „Normalität“ und in das „gemeinsame Haus“ Europa, mit wirtschaftlicher Modernisierung, mit Verhinderung einer politischen Involution, kurzum: mit der Beendigung des Sonderweges gleichgesetzt. Für Spanien stellte der Beitritt primär ein politisch erwünschtes Ziel dar. Mit der Beitrittsfrage standen die spanische Würde, die Anerkennung durch die Europäer und die Ebenbürtigkeit Spaniens zur Diskussion.

Am Tag der spanischen Unterzeichnung des EG-Beitrittsvertrags erklärte 1985 König Juan Carlos den nach Madrid angereisten Staats- und Regierungschefs, sie verkörperten das, „was das spanische Volk unter Europa versteht: die Grundsätze von Freiheit, Gleichheit, Pluralismus und Gerechtigkeit, die auch die spanische Verfassung beseelen“. Und die Tageszeitung *El País* kommentierte: „Die Bindung [...] an Europa besitzt die historische Bedeutung, uns zu erlauben, mit den schwerwiegenden Lastern unserer unzivilen, eigenbrötlerischen und intoleranten Traditionen zu brechen und den kommenden Generationen neue kulturelle Horizonte zu erschließen.“ Kein Zweifel: Für Spanien bedeutete der Eintritt in die EG nach langen Phasen bewusst erwünschter oder abgrenzend erzwungener Isolierung einen tiefen historischen Einschnitt, eine geradezu säkulare Zäsur in seinen außenpolitischen Beziehungen und eine geistige Umorientierung bedeutenden Ausmaßes. Er bedeutete das Ende des Sonderweges.

Der Verweis in *El País* auf die „unzivilen Traditionen“ der spanischen Geschichte enthält einen Erklärungsansatz für die spanische Öffnung nach Europa und die lange Zeit vorherrschende Europa-Euphorie. Die Aufnahme in die EG wurde in Spanien als Ende einer historischen Epoche betrachtet, die eng mit dem Bürgerkrieg und seinen unmittelbaren Folgen zusammenhängt: Der Bürgerkrieg gilt in der spanischen Debatte über die „Rückständigkeit“ des Landes als das historische Ereignis, das die Abkoppelung Spaniens von der europäischen Entwicklung am deutlichsten zum Ausdruck brachte, als Schlusspunkt in einer ganzen Reihe fehlgeschlagener Modernisierungsversuche. Die Folgen des Kriegs waren

Minderwertigkeitsgefühle der Spanier Europa gegenüber, Isolierung des Landes und scharfe gesellschaftliche Spaltung. Die Öffnung des Landes nach 1975 zur Demokratie, zu Fortschritt und zu Europa stellte somit eine bewusste Abkoppelung von der Abkoppelung, von der unerwünschten Vergangenheit dar.

Die bisherigen Ausführungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Sowohl vom Ausland wie von spanischen Historikern und Politikern selbst ist lange Zeit die These eines hispanischen Sonderwegs in die Moderne vertreten worden; spätestens mit dem Beitritt Spaniens zur EG ist jedoch jegliche möglicherweise noch vorhandene Sonderwegsdeologie zu Gunsten eines gemeineuropäischen Bekenntnisses aufgegeben worden. Wo aber bleiben die im Titel angekündigten „Mythen“? Hierauf soll im Folgenden eingegangen werden.



*Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (li.) freute sich, dass sich der spanische Generalkonsul in München Enrique Iranzo Arques an beiden Tagen Zeit nahm und die Vorträge in der Akademie verfolgte.*

### **Die „Normalität“ der Entwicklung: der Sonderweg als Mythos**

Der Übergang in die Demokratie nach dem Tode Francos 1975 ließ ein Bild Spaniens entstehen, das versöhnlich mit seiner eigenen Vergangenheit umging. Heute sehen die meisten Spanier in ihrer Geschichte nicht mehr das „Paradigma des Scheiterns“ – wie es der Historiker Santos Juliá ausgedrückt hat –, sondern betonen die „Normalität“ des Landes. Von Sonderwegen, auch in der Vergangenheit, wollen sie nichts mehr wissen. Dies aber bedeutet, dass eine neue Identität, zumindest eine neue Sicht der Vergangenheit konstruiert werden

musste, und diese Konstruktion in Richtung auf „Normalisierung“ musste zwangsläufig zu Geschichtsklitterung und Verdrängung führen. Die unliebsamen Episoden der Geschichte wurden ausgeblendet, die europäische Modernität Spaniens wird als Ergebnis eines geradlinigen und konsequenten Prozesses dargestellt, die Umwege und Gegenbewegungen werden entweder verschwiegen oder uminterpretiert. Da der Übergang in die Demokratie als Reform des Franquismus und vom Franquismus aus erfolgte, konnte der Antifranquismus nicht – wie etwa die *Résistance* in Frankreich oder der Antifaschismus in Italien – der Gründungsmythos der neuen Demokratie werden.

Seit Spanien in der EG und der NATO ist, seit das Land in den Kreis der demokratischen Staaten zurückgekehrt ist, wird also die „Normalität“ betont. Dies tun vor allem die jeweils regierenden Politiker; aber auch Historiker haben sich schnell in den Kreis der „Normalisierer“ eingereiht. Sie wollen nichts mehr wissen von der „Anomalie“, mit der die Liberalen des 19. Jahrhunderts die spanische Geschichte charakterisierten, vom „Schmerz“ der 98er Generation, vom „Misserfolg“ und „Fehlschlag“ der ökonomischen Entwicklung, wie sie Sozial- und Wirtschaftshistoriker während des Franquismus skizzierten. Vieles spricht dafür, dass die spanische Historiographie einen bedeutenden Paradigmenwechsel vorgenommen hat: Eine grundsätzliche Revision der Geschichte lässt diese nicht mehr von säkularem Misserfolg beladen erscheinen. Wurde in der Vergangenheit häufig das Fehlen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, vor allem im 19. Jahrhundert, beklagt, und war immer wieder die Rede vom Fehlschlag der industriellen und der bürgerlichen Revolution, so ist vor allem die Wirtschaftsgeschichte seit einiger Zeit bestrebt, den angeblichen spanischen Sonderweg in die ökonomische und politische Unterentwicklung als Mythos zu entlarven.

### **Einige Beispiele:**

Für die spanische Landwirtschaft etwa hat José Ignacio Jiménez Blanco errechnet, dass sie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in einem gewaltigen Expansionsprozess befangen war, der Wert der produzierten Güter sich fast verdoppelte, die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung gleichzeitig deutlich – und weit mehr als in Italien – reduziert werden konnte.

Für die Industrie sind Albert Carreras und Leandro Prados zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. Der Industrialisierungsprozess setzte in den 30er bis 50er Jahren des 19. Jahrhunderts ein; von da an kann man von einem zwar langsamen, aber kontinuierlichen Wachstumsprozess

sprechen. Zwar konnte das Niveau westeuropäischer Staaten nicht erreicht werden, die Entwicklung verlief aber nicht grundsätzlich verschieden von anderen Mittelmeerländern, etwa Italien.

Eigentlich, sagen die Wirtschaftshistoriker, könne man von einer „wirtschaftlichen Modernisierung“ zwischen 1830 und 1930 oder auch von einer „Entwicklung Spaniens“ sprechen. Modernisierung und Entwicklung stellen aber semantische Verdrängungen des Fehlschlag-Paradigmas dar. Die spanische Geschichte wird als ein Fall mehr in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt; gerade im Vergleich mit anderen europäischen Wirtschaften könne die spanische Erfahrung nicht als „atypisch“ bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil: Der Verlauf der spanischen Geschichte sei „vollständig europäisch“, man könne und müsse vor allem auf die „Normalität“ der Entwicklung verweisen.

Die Neubewertung der Wirtschaftsentwicklung zog auch eine Neu-Interpretation der Sozial- und Politikgeschichte nach sich. Ohne für das Land bereits die Existenz einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft zu postulieren, wird doch darauf verwiesen, dass etwa 1930 – vor Ausrufung der Zweiten Republik – das Land über eine weitentwickelte Unternehmerschicht in Bereichen wie Bankwesen, Bergbau, Elektrizität, Werften, Eisenbahnen oder Lebensmittelindustrie verfügte. In den ersten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts verdoppelten die großen Städte – Madrid, Barcelona, Bilbao, Sevilla, Valencia, Zaragoza – ihre Einwohnerzahlen. Selbst die Mittelschichten, deren angebliches Fehlen in der sozialen Realität Spaniens zu den Topoi der Geschichtsschreibung gehörte, scheinen bedeutend stärker als angenommen und in steter Expansion begriffen gewesen zu sein.

Eine relativ dynamische Wirtschaft, eine in stetem Wandel begriffene Gesellschaft, eine blühende Kultur, die als „Silbernes Zeitalter“ bezeichnet worden ist: All das – bei einem expandierenden Markt – lässt deutlich die Interpretationsverschiebung von der spanischen Vergangenheit als Sonderweg, Anomalie oder Fehlschlag zu einer Perspektive erkennen, die die Ähnlichkeit mit vergleichbaren europäischen Regionen auf wirtschaftlich-sozialem, kulturellem oder politischem Gebiet betont. Natürlich ist jede Darstellung der Vergangenheit zeit- und kontextgebunden: Das „anormale“ Spanien der Liberalen des 19. Jahrhunderts musste so sein, da es argumentativ zur politischen Strategie der linksliberalen Volksaufstände zur Ausweitung der Freiheiten und Volksrechte passte. Indem die Liberalen mit der

„Anormalität“ des Landes argumentierten, rechtfertigten sie ihre eigene kritische und auf soziopolitische Veränderung hin orientierte Haltung. Auch der „Schmerz“ der 98er Generation drückte die Ablehnung der politischen Verhältnisse ihrer Zeit und den Wunsch nach einem radikalen Neuanfang aus; das Spanien des Fehlschlags, wie es die Sozial- und Wirtschaftshistoriker während des Franquismus präsentierten, sollte zum Ausdruck bringen, dass auf der historischen Tagesordnung des Landes immer noch die Aufgaben einer „bürgerlichen Revolution“ standen, nämlich die Herbeiführung der Demokratie.

Der neuerliche historiographische Perspektivenwechsel stellt gewissermaßen das Ergebnis der politischen Erfahrungen einer Historikergeneration dar, die erst nach der Katastrophe des Bürgerkrieges von 1936 geboren worden ist, die in den 50er und 60er Jahren ein fehlgeschlagenes, isoliertes und der Sonderwegsideologie verhaftetes Spanien kennenlernte, das tatsächlich nur erklärt werden konnte, wenn die Eigentümlichkeiten der Entwicklung in der Vergangenheit aufgezeigt wurden, das dann aber nach 1975 schnell und erfolgreich einen Demokratisierungsprozess durchlief, der jetzt seinerseits einer historischen Erklärung und Herleitung bedurfte.

Sie begaben sich daher auf die Suche nach einem „anderen“ Spanien, dem der industriellen Entwicklung, des politischen Liberalismus, der europäischen Ausrichtung. Demnach hatten die vorhergehenden Historikergenerationen ein rurales, zurückgebliebenes, fehlgeleitetes, von der allgemeineuropäischen Entwicklung isoliertes Spanien dargestellt, während inzwischen das alternativ-liberale, das (wenn auch mit manchen Verzögerungen und Abweichungen) schon immer europäische Spanien in den Mittelpunkt der Untersuchungen gerückt wird. Es geht heute nicht mehr um die Beantwortung der Frage, warum die spanische Entwicklung ein Fehlschlag war – da dieses Sonderwegparadigma inzwischen als Mythos decouvriert wird –, sondern warum es erfolgreich ist.

### **Schlussbetrachtung**

Spannt man abschließend einen großen Bogen über das gesamte 20. Jahrhundert in Spanien und setzt den Anfang und das Ende des Jahrhunderts miteinander in Bezug, so fällt sofort ein entscheidender Unterschied zwischen dem Ausgangs- und dem Endpunkt auf. Hatte das Ende des 19. Jahrhunderts die kollektive Gemütslage der Spanier in einem Zustand tiefer Depression und selbstquälerischer Grübelei zurückgelassen, so endete das 20. Jahrhundert für das Land in einem emotionalen Höhenflug: Ökonomisch hatte sich Spanien auf

gesamteuropäisches Niveau emporgearbeitet, gesellschaftlich war es längst (mit allen Licht- und Schattenseiten) in der Moderne angekommen, politisch war es eine stabile Demokratie, kulturell auf der Höhe der Zeit. Der Soziologe Amando de Miguel spricht davon, dass Spanien sich Ende des 20. Jahrhunderts am Ende eines säkularen Zyklus von weit verbreitetem Pessimismus befand. Symptomatisch für diesen mentalen Wandel sind die unterschiedlichen Deutungen, die der ersten Krise des Jahrhunderts – der Kolonialkrise von 1898 – im Verlauf der Zeit gegeben wurden.

Die „Katastrophen“-Interpretationen der Generation von 1898 und der nachfolgenden von 1914 waren allesamt äußerst negativ. Unter Hervorhebung des Dramatischen am Geschehen war immer wieder die Rede von der Dekadenz der spanischen „Rasse“, von der Unfähigkeit der Politiker, aber auch von der Faulheit, der Unbildung und der Entwicklungsresistenz des Volkes. Später beriefen sich sowohl Miguel Primo de Rivera als auch Francisco Franco auf einen imperialen Mythos, der das „Desaster von 1898“ als Sieg der anti-spanischen Kräfte darstellte. Der Rückgriff auf diese Deutung sollte erst allmählich überwunden werden, als die spanische Politik nach 1975 endgültig Modernisierung und Europäisierung auf ihre Fahnen schrieb.

Es musste fast ein Jahrhundert vergehen, bis die Negativinterpretationen der Ereignisse von 1898 einer anderen Deutung wichen. Inzwischen wird der Kolonialverlust nicht mehr als singuläres Ereignis gesehen, sondern in einen größeren interpretatorischen Zusammenhang eingebettet. Neuere Deutungen weisen darauf hin, dass jenes Datum 1898, das jahrzehntelang von so emblematischer Bedeutung für die Interpretation der spanischen Geschichte war, nicht die radikale Zäsur darstellte, für die es so lange Zeit gehalten wurde. Auf den Kolonialverlust folgte nämlich keine Staatskrise, nicht einmal eine Krise des monarchischen Systems; auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes scheint keinen größeren Schaden genommen zu haben.

Zwar gehen auch die neueren Deutungen davon aus, dass die Kolonialkrise Ende des 19. Jahrhunderts das unvermeidliche Ergebnis struktureller Defizite im politischen, wirtschaftlichen und sozialen System des Landes war, eines Systems, das sich als unfähig erwies, die autonomistischen Bestrebungen Kubas zu berücksichtigen. Aber die neueren Interpretationen betonen nicht mehr die tragische Perspektive, die spanische Dekadenz oder den angeblichen Sonderfall Spanien. Sie deuten vielmehr die politische Entwicklung des

Landes in ihrem europäischen Kontext. Wirtschaftsindikatoren spielen für den Interpretationsrahmen eine weit bedeutendere Rolle als die alten Themen der nationalen Ehre, des angeblich antimodernen Charakters der Spanier oder ähnlich negativer Völkerstereotype.

Wie groß der Wunsch der Spanier ist, als Europäer zu gelten, lassen mehrere Umfragen der letzten Jahrzehnte erkennen. Aus ihnen geht der Grad an politisch-gesellschaftlicher „Normalität“ hervor, den Spanien Ende des 20. Jahrhunderts erreicht hatte. Diesen Umfragen zufolge waren die meisten Spanier politisch als Skeptiker einzuschätzen, die vom Staat wenig erwarteten und ihren Interessenschwerpunkt im individuellen und privaten Bereich hatten. Die politische Aufbruchstimmung aus den Jahren der *transición* war verblasst, gesamtgesellschaftlich herrschte eher Passivität vor, für die großen Probleme – Arbeitslosigkeit, Terrorismus, Delinquenz – wurden keine überzeugenden Lösungen mehr erwartet. Glück und Zufriedenheit wurden mit Familie, Kindern und Arbeitsplatz identifiziert. Nach den Ergebnissen dieser Umfragen war Spanien ein Land, das den anderen Ländern Westeuropas immer ähnlicher sah. Der Einschätzung seiner Bewohner zufolge war Spanien somit nicht mehr „anders“, sondern längst ein Land mehr in Westeuropa.

Den entscheidenden Sprung in die europäische Ebenbürtigkeit hatte das Land durch die Demokratisierung nach 1975 getan. Was der Systemwechsel von einer autoritären Diktatur in eine liberal-pluralistische Demokratie in einer längerfristigen historischen Perspektive bewirkt hat, macht ein Vergleich zwischen den dreißiger und den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich. Blickte man nämlich Ende des 20. Jahrhunderts auf die letzten sechzig Jahre spanischer Geschichte zurück, auf die Zeit der Republik (in ihren Friedens- und Bürgerkriegsjahren), auf die lange Epoche der franquistischen Diktatur und auf die erregenden Jahre des Übergangs in eine parlamentarisch-demokratische Monarchie, und verglich man sodann den Ausgangspunkt mit dem Endpunkt, so präsentierte sich dem Betrachter ein widersprüchliches Bild: In den Jahren der Zweiten Republik war Spanien in politischer Hinsicht ein modernes Land, wenn man darunter ein aufgefächertes Parteien- und Verbandswesen, wirksame Vertretungskörperschaften, ein differenziertes und unabhängiges Medienwesen und die Chance zu direkter Einwirkung möglichst großer Bevölkerungskreise auf die Zusammensetzung des Parlaments versteht. Im wirtschaftlichen Bereich wies es demgegenüber noch alle Merkmale einer rückständigen, international nicht konkurrenzfähigen Struktur auf, und auch im gesellschaftlichen Sektor überwogen die Merkmale der Traditionalität, des Verhaftetseins in jahrhundertealten Strukturen.

In der Schlussphase des Franquismus, also rund vierzig Jahre später, hatten sich die Vorzeichen geradezu umgekehrt. Unabhängig davon, welche der sozio-ökonomischen Indikatoren für Modernität herangezogen wurden, war Spanien gesellschaftlich und wirtschaftlich ein modernes Land: Die Demographie des Landes hatte in den letzten Jahrzehnten immer ausgeprägter die Muster entwickelter Industrienationen angenommen, die Wanderungsbewegungen hatten zu hochgradiger Verdichtung der spanischen Bevölkerung und einer hohen Urbanisierungsrate geführt, die Erwerbsstruktur entsprach weitgehend der anderer Industriegesellschaften, das Wertesystem war fundamentalen Wandlungen unterworfen worden, der Säkularisierungsprozess hatte nahezu alle Schichten der Bevölkerung erfasst. Ganz anders sah demgegenüber der Befund im politischen Bereich aus. Das autoritäre Herrschaftssystem des Franquismus, das wie eine eiserne Glocke über die Gesellschaft gestülpt worden war, hatte nur wenige optische Rötungen erfahren, der Diktator war über Jahrzehnte hinweg unangefochten im Besitz der politischen Macht geblieben. Der autoritär-hierarchische Grundzug des Regimes hatte sich bis zuletzt nicht gewandelt.

Wiederum fünfzehn Jahre später, also zu Beginn der neunziger Jahre, zeigte Spanien ein abermals radikal verändertes Gesicht. Die Immobilität des Franquismus, seine Unfähigkeit, eine politische Entwicklung einzuleiten und das Land aus der politischen Totenstarre des Bürgerkrieges herauszuführen, war nach dem Ableben des Diktators schnell überwunden worden und hatte einem dynamischen Reformismus Platz gemacht, der das Land innerhalb weniger Jahre zu einer parlamentarischen Demokratie werden ließ.

Die letzten sechzig Jahre spanischer Geschichte lassen von neuem deutlich werden, was für die iberische Geschichte des 19. Jahrhunderts wiederholt festgestellt worden ist: Dass die Entwicklung Spaniens sich durch Diskontinuitäten und Verwerfungen auszeichnet, deren augenfälligste die Ungleichzeitigkeit der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verfassung ist, dass heterogene Elemente stets gleichzeitig anzutreffen waren. Wie kaum ein anderer Staat war Spanien ein „Land der halben Entwicklungen“. Erst die Reformen der letzten Jahrzehnte haben endgültig die Differenzen zwischen politischem und sozioökonomischem Entwicklungsstand eingeebnet und Spanien in jeglicher Hinsicht zu einem westlich-demokratischen Land werden lassen.